



**An**

Die Bundesregierung - Bundeskanzler Olaf Scholz

Bundesverband für Pyrotechnik und Kunstfeuerwerk e.V.

Die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der Länder

Vorstand & Geschäftsführung

Die Mitglieder des Bundesrat

Birkbuschstraße 40-41

12167 Berlin

Berlin, den 8. Dezember 2021

**Betrifft:** Protest gegen das geplante Verkaufsverbot von Silvesterfeuerwerk

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

sehr geehrte Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder, sehr geehrte Mitglieder des Bundesrats,

der am 2. Dezember von der MPK gefasste Beschluss, ein erneutes Verbot für das Überlassen von Feuerwerkskörpern der Kategorie F2 zum kommenden Jahreswechsel umzusetzen, stößt bei vielen Menschen auch im Angesicht der pandemischen Lage auf größtes Unverständnis.

Dies liegt vor allem daran, dass viele Bürgerinnen und Bürger das geplante Verbot als ein Ausscheren aus einer grundsätzlich evidenzgeleiteten Politik zur Bewältigung der Corona-Pandemie wahrnehmen. Die "gefühlte Wahrheit", dass mit dem Verbot Notaufnahmen spürbar entlastet würden, steht in scharfem Kontrast zu den vorliegenden Zahlen zu den Verletzungen durch Silvesterfeuerwerk.

So ist etwa von der deutschen Krankenhausgesellschaft zu hören, dass es nicht etwa Verletzte durch Feuerwerkskörper seien, die die Notaufnahmen zum Jahreswechsel füllen, sondern der übermäßige Konsum von Alkohol und daraus resultierende Unfälle und Konflikte. Weitere Statistiken machen deutlich, dass von legalem, zugelassenem Feuerwerk keine spürbare Belastung des Gesundheitssystems ausgeht.

Auch für eine Steigerung der Infektionsraten beim Abbrennen von Silvesterfeuerwerk gibt es keinerlei empirische

Hinweise. Im Gegenteil: Es ist eine Aktivität, die den Menschen Anlass bietet, sich im Freien aufzuhalten. Das Abbrennen von Feuerwerk bedeutet weder per se, dass es zu großen Menschenansammlungen kommt, noch dass die Einhaltung der AHA-Regeln gefährdet würde.

Für viele der Menschen, die Feuerwerk gewerblich betreiben, bedeutet das erneute, viel zu kurzfristig beschlossene Verbot die Insolvenz. Die große Mehrheit der pyrotechnischen Betriebe in Deutschland sind kleine Familienbetriebe - tausende einzelne Schicksale sind betroffen. Das Verbot bedeutet auch das schnelle Ende einer langen Handwerkstradition in Deutschland.

**Es gibt viele weitere Gründe, die gegen ein Überlassungsverbot von Feuerwerk sprechen. Wir haben diese Gründe in unserem [Positionspapier](#) zusammengefasst.**

Viele Menschen sehnen sich nach zwei schweren Pandemie-Jahren nach einem lebensfrohen und bunten Jahreswechsel. Das Feuerwerk lässt uns erfüllt von Vorfreude und Hoffnung in den Nachthimmel schauen und wir fühlen uns im Schein des Feuerwerks miteinander verbunden - ohne, dass es dafür zu tatsächlichen Versammlungen mit Infektionsrisiken kommen müsste.

Individuelle Feuerwerke im Garten oder vor der eigenen Haustür im engeren Familienkreis sind somit ein pandemiekonformes Gemeinschaftserlebnis. Feuerwerk zum Jahreswechsel ist nicht nur eine Quelle von Freude und positiver Emotion, es ist ganz besonders in diesem Jahr auch ein Symbol der Hoffnung. Ein erneutes pauschales Feuerwerksverbot erteilt dieser Hoffnung schon am ersten Tag des Jahres eine klare Absage.

Mit dem geplanten Verbot und der damit einhergehenden Abkehr von einer evidenzbasierten Politik riskieren die Länder und die Bundesregierung einen weitreichenden Vertrauensverlust in die Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie. Dies reflektieren auch die - von [Feuilleton](#) bis [Boulevard](#) - ausschließlich kritischen Pressekommentare zu dem Verbot.

**Der Bundesverband Pyrotechnik und Kunstfeuerwerk und seine Mitglieder appellieren dringend an Sie, von dem geplanten Verbot abzusehen und die entsprechende Beschlussvorlage dem Bundesrat nicht zuzuleiten bzw. diese im Bundesrat abzulehnen.**

Bei Rückfragen und für Austausch stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,



i.A. Ingo Schubert